

Eingang:

Frankfurt, 22. Oktober 2020

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Jobticket-Angebot ausweiten - Städtische Koordinierungsstelle schaffen**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt, in Absprache mit Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie mit IHK und Handelskammern eine Koordinierungsstelle einzurichten, damit sich hier ansässige Unternehmen und Organisationen, vor allem solche mit weniger als 50 Beschäftigten, zusammenschließen können, um mit dem RMV für ihre Beschäftigten ein Jobticket-Angebot zu guten Konditionen zu vereinbaren. Die Koordinierungsstelle übernimmt dabei die Abrechnungsverantwortung.

#### **Begründung:**

Die Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen des RMV sehen vor, dass mit Unternehmen und Organisationen mit mehr als 50 Beschäftigten im RMV-Gebiet eine vom Regeltarif abweichende Vereinbarung für ein Jobticket getroffen werden kann. Eine solche Vereinbarung kann auch für eine Gruppe von Unternehmen/ Organisationen insgesamt abgeschlossen werden, wenn die Abrechnung zentralverantwortlich abgewickelt wird. Einzelnen Unternehmen und Organisationen aber, vor allem solchen mit weniger als 50 Beschäftigten, fällt es schwer sich untereinander zu koordinieren. Das gilt auch für stadtnahe Organisationen. Da die Stadt Frankfurt das Interesse hat, die Berufspendler\*innen auf den ökologisch vorteilhaften ÖPNV umzulenken, muss eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden, um weiteren ansässigen Unternehmen und Organisationen das Angebot eines Jobtickets zu ermöglichen.

## **DIE LINKE. im Römer**

Dominike Pauli und Martin Kliehm  
Fraktionsvorsitzende

### Antragstellende:

Stv. Monika Christann  
Stv. Ayse Dalhoff  
Stv. Dominike Pauli  
Stv. Eyup Yilmaz  
Stv. Martin Kliehm  
Stv. Merve Ayyildiz  
Stv. Michael Müller  
Stv. Pearl Hahn